



K u r z b e r i c h t

*über die 101. Sitzung des **Wirtschaftsausschusses***

*am Mittwoch, dem 1. Juli 2009,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 10:00 Uhr

Die Ausschussmitglieder ließen sich einleitend über den Zustand der Neubaustrecke der **A 20 von Lübeck nach Geschendorf** informieren.

In einem nicht öffentlichen Sitzungsteil nahm der Ausschuss das vertrauliche Schreiben des MWV vom 25. Juni 2009 zur **Vergabe von Schienenpersonennahverkehrsleistungen (Netz „Nord“)** zustimmend zur Kenntnis.

In wiederum öffentlicher Sitzung behandelten die Ausschussmitglieder sodann die Anträge zur **Prüfung einer Alternativtrasse zur Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung**, Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/2675, und zur **Kostenkalkulation der Hinterlandanbindungen einer geplanten festen Fehmarnbelt-Querung**, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2715. Mit Mehrheit wurde der Antrag Drucksache 16/2715 dem Plenum zur Annahme in geänderter Fassung (Umdruck 16/4442) vorgeschlagen. Der Antrag Drucksache 16/2675 wurde im Wege einer Protokollnotiz behandelt.

Sodann nahmen die Ausschussmitglieder ihre Beratungen über den Antrag der Fraktion der FDP zum **Flughafenentwicklungskonzept für Norddeutschland**, Drucksache 16/2521, auf.

Der Antrag betr. **Güterkraftgewerbe stärken - Maßnahmen zur Senkung der Lkw-Maut ergreifen**, Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 16/2663 -, wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP dem Landtag zur Ablehnung empfohlen.

Abschließend behandelte der Ausschuss die Berichte **Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen**, Drucksache 16/2525, und des **Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2009 -**, Drucksache 16/2439.

Zum Antrag der Abgeordneten des SSW betr. **Kein CO₂-Endlager in Nordfriesland**, Drucksache 16/2647, fassten die Ausschussmitglieder mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Beschluss, diese Thematik erst wieder nach Vorliegen eines neuen CCS-Gesetzentwurfs auf Bundesebene weiter zu erörtern und dann dazu auch eine ganztägige Expertenanhörung durchzuführen.

Im Rahmen des Selbstbefassungsrechts des Ausschusses wurde dem Landtag eine Beschlussempfehlung zur **Berichterstattung der Landesregierung über die Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes**, Umdruck 16/4443 (neu), einstimmig zur Annahme vorgeschlagen.

Schluss: 11:50 Uhr

gez. Neil